МОСКОВСКАЯ НЕМЕЦКАЯ ГАЗЕТА

Moskauer Deutsche Zeitung

Nr. 17 (192) SEPTEMBER 2006

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Gasgeruch im Verlagswesen

Anna Wassiljewa

Eines der größten russischen Verlagshäuser hat den Besitzer gewechselt. 100 Prozent der Aktien des „Kommersant"-Verlages gehören nun Alischer Usmanow, Teilhaber der Verwaltungsgesellschaft Metalloinvest und seit 2000 Chef der Gasprominvestholding, einer Tochter von Gasprom. Der Unternehmer soll für das Paket rund 200 Millionen Dollar bezahlt haben, nach anderen Quellen sogar mehr als 300 Millionen Dollar. Das ist Rekord in der russischen Verlagsbranche.

Der „Kommersant"-Verlag gibt als Flaggschiff die angesehene gleichnamige Tageszeitung heraus, die seit 1989 erscheint und in 16 Städten Russlands mit einer Auflage von 122 800 Exemplaren gedruckt wird. Über den Verkauf war bereits im Frühjahr spekuliert worden. Damals hatte Mitbesitzer Boris Beresowskij, der im britischen Exil lebende russische Oligarch, sein Aktienpaket einem alten Freund und Geschäftspartner zur Verwaltung übergeben: Badri Patarkazischwili. Der ist in Russland zur Fahndung ausgeschrieben und erklärte im April, er sei bereit, die Aktien des „Kommersant" für 350 Millionen Dollar abzustoßen.

Mehrfach machten seitdem Meldungen über einen möglichen Verkauf des „Kommersant" an die Russischen Eisenbahnen, an Gasprom oder von Roman Abramowitsch, dem Gouverneur von Tschukotka, kontrollierte Gesellschaften die Runde. Ende August wurde bekannt, dass alle Dokumente für den Verkauf der Verlagshausaktien an Usmanow vorbereitet und unterschrieben sind.

Alischer Usmanow belegt laut „Forbes" den 25. Platz in der Liste der reichsten Russen. Sein Vermögen wird auf mehr als drei Milliarden Dollar geschätzt. Allerdings weist seine Biografie einige pikante Momente auf, die auf der Internetseite von Gasprom verschwiegen werden. So wurde er zum Beispiel 1980 wegen Erpressung zu acht Jahren Freiheitsentzug und Vermögensentziehung verurteilt, 1986 dann vorzeitig entlassen. Einige Marktbeobachter glauben, dass Usmanow nur ein Strohmann ist und das Verlagshaus bald wieder verkaufen könnte, zum Beispiel an Gasprom. Unter der Kontrolle von Gasprom-Media, der medialen Unterabteilung des Gasmonopolisten, stehen seit vorigem Jahr bereits zwei große russische Zeitungen: die „Iswestija" und die „Komsomolskaja Prawda".

Foto: Tino Künzel

Baba Jaga kann auch anders: In einer Moskauer Kinderkrebsklinik munterte die Märchenhexe zum Schulanfang kleine und kleinste Patienten auf. Trotz intensiver Therapie haben Jungen und Mädchen im schulfähigen Alter auf ihren Stationen Unterricht, damit sie den Anschluss an ihre gesunden Altersgenossen nicht verlieren. Seite 19.

*Stich*worte

„Damit sie Gott nicht mit van Gogh verwechseln und van Gogh nicht mit van Damme."

Geschichtslehrer Anton Ticholesskij aus Wladimir auf die Frage, warum Schüler den umstrittenen Religionsunterricht brauchen.

„Wir haben kein Recht dazu, unsere Luftfahrtindustrie aufzugeben."

Russlands Premier Michail Fradkow zur Agonie der einheimischen Flugzeugbauer. Sie produzieren gegenwärtig weniger als zehn Maschinen pro Jahr, während Airbus und Boeing jeweils um die 300 herstellen.

„Wer dick ist, keine Kinder hat und nicht bei der Armee war, sollte als Kurier arbeiten. Als Kurier oder Straßenkehrer. Und auf keinen Fall in den Staatsdienst aufgenommen werden."

Wladimir Schirinowskij, Vorsitzender der LDPR, über sein Verständnis der Erziehung zu staatsbürgerlichem Verhalten.

„Nehmen Sie zum Beispiel Sherlock Holmes und Doktor Watson – die haben in einer Kommunalka gelebt, noch dazu auf dem fremden Besitz von Mrs. Hudson."

Moskaus Chefarchitekt Alexander Kusmin dazu, warum Kommunalkas in kleinerer Zahl nach wie vor ihre Berechtigung haben.

Gebietsstreit für die Ewigkeit

Vier unwirtliche Vulkaninseln im Pazifik hindern Japan und Russland seit über 60 Jahren daran, in Frieden auszukommen. Nach dem Tod eines japanischen Fischers Mitte August ging das diplomatische Schattenboxen um die Kurilen in eine weitere Runde. Die von Stalins Armee nach der japanischen Kapitulation eroberten Gebiete sind für beide ehemaligen Imperialmächte „heiliger Boden". Russland wird die Inseln nicht mehr freiwillig abtreten, glaubt der deutsche Japanologe Joachim Glaubitz. Tokios historische Einwände hält er nicht für stichhaltig.

Christian Weisflog

In den fischreichen Gewässern rund um die vier südlichsten Kurileninseln (Iturup, Kunashiri, Shikotan und die Habomai-Gruppe) greifen russische Grenzpatrouillen regelmäßig japanische Fischer auf. Die Statistik spricht von 30 beschlagnahmten Booten und 210 verhafteten Seemännern in den vergangenen zehn Jahren. Recht und Ordnung herrscht hier trotzdem nicht. Denn am einträglichen Schwarzfang sind auch die russischen Inselbewohner beteiligt, die ihre Beute für teure Yen in Japan verkaufen. Gegen ein gutes Schmiergeld lassen die Grenzbeamten sie gewähren.

Mitte August forderte die Jagd nach kostbarem Fisch im umstrittenen Grenzgebiet erstmals ein Menschenopfer: Laut dem russischen Außenministerium haben japanische Krabbenfischer die Flucht ergriffen, nachdem sie in russischen Gewässern von einer Grenzpatrouille entdeckt worden seien. Durch einen in Richtung Fischerboot abgegebenen Warnschuss habe ein japanisches Crewmitglied tödliche Verletzungen erlitten. Die volle Verantwortung dafür trügen die Fischer selbst. Das Außenministerium habe die japanische Regierung, die den illegalen Fischfang dulde, zudem bereits mehrfach aufgefordert, ihrerseits für Ordnung zu sorgen.

Japan verortete den Vorfall prompt in japanischen Gewässern und unterstrich damit erneut seine Ansprüche auf die vier Kurilen-Inseln. Diese Gebiete wurden von der sowjetischen Armee erst nach der japanischen Kapitulation am 15. August 1945 erobert. Die rund 17 000 japanischen Einwohner mussten ihre Inseln verlassen. Den Kriegseintritt gegen Japan hatte Stalin mit den Alliierten in Jalta abgesprochen, die Kurilen waren sein Preis dafür.

Obwohl Japan 1951 im Friedensvertrag von San Francisco auf die Kurilen verzichtete, fordert es die vier südlichsten Inseln vehement zurück. Genannt werden sie „nördliche Territorien", die nicht Teil der Kurilen seien. Den deutschen Japanologen und Sinologen Joachim Glaubitz überzeugt der japanische Standpunkt jedoch nicht: „In welcher Enzyklopädie man auch nachschaut, die Kurilen-Inseln erstrecken sich von der Südspitze Kamtschatkas bis zur Nordspitze von Hokkaido." Tatsächlich sprach auch der damalige japanische Premierminister 1951 in San Francisco von den südlichen Kurilen, bezeichnete Shikotan und Habomai jedoch als Teil von Hokkaido, einer der Hauptinseln Japans. Trotz allem jedoch steht der japanische Verzicht auf die Kurilen zu Gunsten der UdSSR rechtlich auf unsicheren Füßen, weil die Sowjetunion den Friedensvertrag von 1951 nicht unterzeichnet hat.

1956 erklärte sich die Sowjetunion unter Chruschtschow bereit, die zwei südlichsten Inseln abzutreten. Japan lehnte ab. In einer Erklärung bekräftigten Moskau und Tokio damals jedoch, die Verhandlungen über einen Friedensvertrag zum Abschluss zu bringen, wonach die südlichsten zwei Inseln in japanischen Besitz übergehen sollten.

Fortsetzung auf Seite 2

Seite 7

Dauerbrenner: Die Kapriolen auf dem russischen Alkoholmarkt halten an. Mit welchen Folgen, schildert der Auftakt unserer neuen Reihe „Marktplatz Russland“.

Seite 15

Dauerisolation: Ein Moskauer Museum zeigt Kunst von psychisch Kranken.

Seite 16

Dauerzustand: Wie die Schule für die Kinder der deutschen Kommunisten jahrelang unter Stalins Terror litt und 1938 schließlich geschlossen werden musste.

Seite 17

Dauerthema: Auf den Solowki liegt die untote Geschichte der Sowjetunion begraben.

ISSN 1063-1556

Die nächste Ausgabe erscheint am 27. September

www.mdz-moskau.eu

Gebietsstreit für die Ewigkeit

Fortsetzung von Seite 1

Doch trotz wiederholter Bemühungen ist der Friedensvertrag bis heute nicht unterzeichnet. Unter Boris Jelzins Führung anerkannte Moskau 1993 in der Erklärung von Tokio zwar, dass die Territorialfrage alle vier Inseln betrifft. Doch gerade die Demokratisierung und Dezentralisierung Russlands erschwerten eine Einigung, denn die Gouverneure im Fernen Osten wehrten sich mit allen Mitteln gegen eine Abtretung der Kurilen. Sie fanden in der Frage ein politisches Instrument im Kampf um Wählerstimmen, Unterstützungsgelder aus Moskau und Investitionen aus Japan.

Aber auch unter Putins stärkerer Hand änderte sich wenig. „Seine Taktik erinnert an jene der Sowjetführer. Er vermeidet die direkte Konfrontation beziehungsweise Verhandlungen mit den USA oder Japan. Stattdessen sucht er die Solidarität gleichgesinnter Staaten, bevor er attackiert", schrieb der japanische Politologe Kimura Hiroshi kurz nach Putins Amtsantritt. Heute scheint der Kreml jedoch wieder stark genug zu sein, um Tacheles zu reden: Die russische Souveränität über die vier Inseln sei durch internationales Recht bestätigt und ein Resultat des Zweiten Weltkrieges, darüber gebe es nichts zu diskutieren, erklärte Putin in einem Fernsehinterview kurz vor seinem Japan-Besuch im vergangenen Jahr.

In den Augen Moskaus hat man sich 1945 nur zurückgeholt, was bei der Niederlage gegen Japan 1905 verloren ging. „Und je mehr sich Russland wirtschaftlich entwickelt, desto schwieriger wird es für Japan", resümiert Glaubitz. Die russische Regierung will von 2007 bis 2015 rund 630 Millionen Dollar in die Infrastruktur der Kurilen investieren. Dadurch soll die Bevölkerungszahl von derzeit 19 000 auf 30 000 zunehmen.

Und tatsächlich hat sich die Kurilen-Frage nicht als der Bremsklotz in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder erwiesen, als der sie immer dargestellt wurde. Infolge des russischen Wirtschaftswachstums hat sich das Handelsvolumen seit Putins Amtsantritt praktisch verdoppelt. Japanische Firmen sind an den Öl- und Gasförderprojekten auf Sachalin beteiligt. Und die Pazifikpipeline soll Japan bald mit sibirischem Öl versorgen.

Auch Glaubitz relativiert: „Japan ist ohne die vier Inseln zu einer Wirtschaftsmacht geworden, die UdSSR ist mit ihnen untergegangen." Trotzdem, so der 77-jährige Asienkenner, werde diese Frage immer zuoberst auf der japanisch-russischen Tagesordnung stehen. „Das ist fast schon ein Ritual. Die Rückgabeforderung wird immer wiederholt, obwohl niemand mehr daran glaubt." In Japan gibt es Hunderte von Organisationen, die für die Rückgabe Lobbyarbeit betreiben. Jedes Jahr feiert das Land am 7. Februar den „Tag der Nördlichen Territorien". Die Regierungspartei LDP erklärte die Frage einst zum „Lackmustest des Patriotismus, der Entschlossenheit und der nationalen Ehre".

Deshalb dürfte in den japanisch-russischen Beziehungen auch in Zukunft die eine oder andere Seite über das Ziel hinausschießen. Wie etwa Ende August: Nachdem russische Medien berichteten, 39 japanische Fischerboote seien bei den Kurilen in russisches Hoheitsgebiet eingedrungen, sprach Moskau von einer „politischen Provokation". Zwei Tage später musste das russische Außenministerium sich für diese Aussage entschuldigen. Denn die japanischen Boote waren aufgrund eines Fischereiabkommens von 1981 befugt, in diesen Gewässern nach Seetang zu suchen.

Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Larissa Chudikowa
(Politik, Zeitgeschehen)
lotos@martens.ru

Carmen Eller
(Feuilleton, Fotoreportage)
celler@martens.ru

Tino Künzel
(Leben in Moskau, Geschichte, Meinung und Medien, Wirtschaft)
tinok@martens.ru

Diana Püplichhuysen
(Wirtschaft, Deutsches Dorf)
diana@martens.ru

Christian Weisflog
(Regionen, Russland heute, GUS)
cweisflog@martens.ru

Elena Solominski
(Wo und Was in Moskau)
elens@gmx.net

Korrektur
Nina Botschkarjowa,
Raissa Kraptschina

Computersatz
Olga Baumgärtner

MDZ-Online
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting" AG

Geschäftsführung
Olga Martens

Vertrieb
Nina Bogowik
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen
Tatjana Gorbatschowa
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858
gtv@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544
Fax: (495) 248 3874
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: *www.mdz-moskau.eu*

Die Medienassistenten werden gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa.
Registriert bei Roskompetschat. Registriernummer 017576
Redaktionsschluss: 13. September 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa".
Auflage 25 000 Expl. Номер заказа 510917.
Газета в розницу не распространяется

Der als Reformer in die jüngere russische Geschichte eingegangene Boris Nemzow (links) mit Viktor Juschtschenko, dem Präsidenten der Ukraine.

„Russland hat keinen Sinn für Freiheit"

Boris Nemzow im MDZ-Exklusiv-Interview

„Demokratie bedeutet, dass die Macht die Volksmeinung berücksichtigt, geht es auch gegen ihren eigenen Willen", meint Boris Nemzow, Ex-Gouverneur des Nowgoroder Gebiets und heutiges Mitglied des politischen Rates der Union der Rechten Kräfte (URK).

Als einer der wenigen russischen Politiker unterstützte Nemzow die Orangene Revolution. Seit der Amtsübernahme von Präsident Viktor Juschtschenko arbeitet er als Berater für die ukrainische Regierung. Igor Solowej von der Nachrichtenagentur „Ukrinform" sprach exklusiv für die MDZ mit Boris Nemzow über sein Demokratiegefühl, die russisch-ukrainischen Beziehungen und die Frage nach der politischen Zukunft Russlands.

Herr Nemzow, wie haben Sie die letzte Parlamentskrise und die Ernennung Viktor Janukowitschs zum Premierminister wahrgenommen?

Demokratie ist dort, wo die Macht die Volksmeinung gegen ihren Willen berücksichtigt. In dieser Hinsicht ist die Ukraine sehr demokratisches. Janukowitsch gefällt nicht allen, aber das Volk hat beschlossen, dass er seine Interessen am besten vertreten kann. Und diese Meinung durfte nicht ignoriert werden. Dass Viktor Juschtschenko den Mut hatte, in die Bildung einer Koalition einzuwilligen, charakterisiert ihn als starken und weisen Mann.

Juschtschenko hatte die Wahl: entweder das Parlament aufzulösen und neue Wahlen anzuordnen oder der Kandidatur seines Ex-Opponenten für das Amt des Premierministers zuzustimmen. Er entschied sich für die zweite Variante ...

Die Entscheidung von Viktor Juschtschenko hat drei eindeutige Pluspunkte. Erstens eint sie die Menschen in der Ukraine. Diejenigen, die sich die Spaltung des Landes wünschten, können sich das nun abschminken. Zweitens brachte Janukowitschs Antritt Besserung in die Beziehungen mit Europa und Russland. Die Ukraine liegt zwischen diesen beiden „Riesen". Den einen oder den anderen zu ignorieren wäre unvernünftig. Das Tandem Janukowitsch – Juschtschenko kann, trotz seiner Widersprüchlichkeit, die Verhältnisse harmonisieren.

Vom Standpunkt eines russischen Demokraten aus, was hat die Ukraine in den vergangenen 15 Jahren erreicht?

Die Ukraine hatte inzwischen drei Präsidenten. Das zeigt, dass die Menschen dort die Gesetze achten und nicht zu Diktatur- und Titelverehrung neigen. Zudem ist die Ukraine der einzige GUS-Staat, in dem die Freiheit des Wortes wirklich existiert. Abgesehen vom Anstieg der Gaspreise herrscht in der Ukraine darüber hinaus ein stetiges wirtschaftliches Wachstum von 5 Prozent. Zu einer weiteren Leistung der Ukraine zähle ich ihre Erfolge im Korruptionsabbau. Beamte stehen unter ständiger Kontrolle der Gesellschaft und der Medien.

Wie kann man eine Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine künftig vermeiden?

Das Problem mit der Konfrontation besteht nur daraus, dass unsere Staaten zwei verschiedene Wege gewählt haben – die Ukraine einen demokratischen und Russland einen autoritären. Unsere Länder aneinander näher bringen kann nur eines: Russland muss wirklich demokratisch werden, ohne Zensur und Reichsambitionen. Der heutige Erfolg der Ukraine ist eine Demütigung für die russische Regierung. Der Kreml blickt eifersüchtig auf die entstandene Alternative zu seinem Autoritarismus.

Wie schätzen Sie den Besuch des Premierministers Viktor Janukowitsch in Sotschi ein?

Der Besuch war ein erster Ansatz zur Harmonisierung unserer Beziehungen. Jetzt wären entsprechende Maßnahmen seitens Russlands zu erwarten, denn der Besuch brachte noch keine sichtbaren Ergebnisse für das ukrainische Volk. Die Ölpreise sind nicht niedriger geworden, Fleisch und Milch aus der Ukraine werden weiterhin nicht durch den russischen Zoll gelassen. Aber wenigstens werden die Probleme nun besprochen.

Herr Nemzow, Sie sind vor allem Politiker. Welche Pläne haben Sie zum Start der Wahlkampagne in Russland? Werden Sie bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren?

(Überlegt.) Meiner Meinung nach muss man sich reale Ziele setzen. Für Menschen mit meiner Weltsicht ist die Zeit gerade nicht günstig. Unser Land ist im Öl- und Gasrausch. Für die heutige russische Gesellschaft spielen Menschenrechte, Medienfreiheit und Opposition keine Rolle. Es erscheint vielleicht paradox, aber unser Sinn für Freiheit ist ungefähr auf dem gleichen Niveau wie in Afrika.

Und haben Sie Pläne für die Parlamentswahlen?

Es wäre realisierbar, aber sehr schwer. Sollten die demokratischen Kräfte bei den Parlamentswahlen 2007 getrennt handeln, so ist das der direkte Weg auf den „politischen Friedhof". Eine demokratische Vereinigung wäre vom politischen Instinkt und Selbsterhaltungstrieb her das Beste. Aber es muss eine reale Vereinigung mit neuer Leitung, neuem Programm und neuer Ideologie sein.

KURZ und KNAPP

Programm läuft schleppend an

Die Anwerbung von Fachleuten im Rahmen des Repatriierungsprogramms von Auslandsrussen stößt auf Widerstände. Das Programm war im Juni 2006 verabschiedet worden und zielt darauf ab, Russen aus den GUS-Staaten in ausgewählten Regionen anzusiedeln, um die demographische Lage zu entspannen und Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Regionen haben bisher jedoch deutlich geringere Zahlen zur Aufnahmekapazität an die Regierung gemeldet, als erwartet. Und auch die amtlichen Stellen in der Ukraine und in Kasachstan zeigen sich aus Angst vor erheblichen Abwanderungen qualifizierter Arbeitskräfte nicht begeistert. Positive Reaktionen kamen dagegen aus Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan.

Russische Truppen in den Libanon

Verteidigungsminister Sergej Iwanow hat Russlands Bereitschaft erklärt, schon Ende September ein Pionierbataillon in den Libanon zu entsenden. Dieses würde vor Ort vermutlich außerhalb der Friedensoperationen eingesetzt werden, vorrangig beim Aufbau der Infrastruktur. Außenminister Sergej Lawrow teilte mit, dass die libanesische Regierung ihre Zustimmung zur Stationierung erklärt habe.

Supermacht ohne atomare Ambitionen

Russland legt keinen Wert mehr auf den Status der „nuklearen Supermacht". Das sagte Präsident Wladimir Putin. Sein Land wolle sich stattdessen auf die Entwicklung der Energiewirtschaft und die Wirtschaftsmodernisierung konzentrieren. Russische Militärexperten bewerten diese Aussage als Realpolitik. Neuentwicklungen von Nuklearwaffen könnten den Rückstand in der Forschung ohnehin nicht mehr kompensieren. Russland sei gegenüber den USA bereits endgültig ins Hintertreffen geraten.

Mit vereinten Kräften zum Mond

In Moskau wurde ein russisch-chinesisches Drei-Jahres-Programm zur Zusammenarbeit in der Raumfahrt abgeschlossen. Das teilte der Pressesprecher der russischen Weltraumagentur Roskosmos, Igor Panarin, mit. Im Rahmen dieser Kooperation wollen sich die beiden Länder bis Ende dieses Jahres auch auf eine gemeinsame Monderschließung verständigen, so Anatolij Perminow, Leiter von Roskosmos.

Zahlen bitte!

20

... Pilzsammlern pro Tag hilft der Moskauer Rettungsdienst derzeit im Schnitt, aus den Wäldern des Umlandes wieder herauszufinden. Unter den Notrufnummern 112 oder 0911 werden per Handy zunächst sämtliche Informationen abgefragt, die über den Standort Aufschluss geben könnten, dann lotsen die Telefonistinnen mit Hilfe von Detailkarten die Verirrten in die Zivilisation zurück. Das nimmt meist zwischen drei und vier Stunden in Anspruch und erfordert deshalb mehrere Anrufe. Wer kein Mobiltelefon bei sich trägt, sollte lieber nicht vom Weg abkommen. Die örtliche Miliz startet nur dann eine Suchaktion, wenn Kinder im Spiel sind.